Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Schatzsuche

Seit Jahren schon spricht Bundesbildungsministerin Schavan von dem „Schatz“, den es zu heben gilt. Sie hat ihn in den vielen Einwanderern entdeckt, die als Wirtschafts- oder Bürgerkriegsflüchtlinge ins Land kamen und sich hier nur deshalb mit niederen Arbeiten (oder mit staatlicher Stütze) durchschlagen müssen, weil ihre in der Heimat erworbenen Berufsqualifikationen nicht anerkannt werden. Eigentlich wäre es Sache der Kultusminister, die brachliegenden Talente und Fähigkeiten taxifahrender Chemiker für den heimischen Arbeitsmarkt nutzbar zu machen. Von den Ländern bekommt die Schatzsucherin Schavan aber hauptsächlich zu hören, wie schwierig es sei, nach Perlen zu tauchen. So kann das jetzt von ihr in Aussicht gestellte Gesetz nur den Rechtsanspruch auf eine schnellere Bearbeitung von Anerkennungsverfahren begründen. Die Kriterien, nach denen solche Anträge beschieden werden, legt jedes Land für sich fest. Damit bleibt auch die von Frau Schavan genannte Zahl von 300 000 Facharbeitern, die auf diese Weise gewonnen werden könnten, bis auf weiteres ein Hoffnungswert. Dt.

Friedenspflicht

Wer so einen Vermittler bestellt, der braucht keine Gegner mehr. Die Kanzlerin ging gewiss ein Risiko ein, als sie sich so entschieden für „Stuttgart 21“ aussprach – aus dem Projekt scheint nun ein nationales Symbol zu werden. Aus purem Selbsterhaltungstrieb hätte Frau Merkel aber anschließend gut daran getan, Ministerpräsident Mappus bei der Auswahl Geißlers in die Parade zu fahren. Immerhin: Allein Geißlers Anwesenheit scheint bei einigen Projektgegnern Glücksgefühle auszulösen. Es war nun aber der besonnene Grüne Kretschmann, der Geißlers Wort von „Friedenspflicht“ (als befinde man sich in Tarifverhandlungen) aufnahm und klarstellte, diese Pflicht müsse auch für die Demonstranten gelten. Verstörend bleibt, dass sich jetzt sogar Mappus Geißlers Wort zu eigen macht, die Zeit der Basta-Entscheidungen sei vorbei. Sind damit die ungezählten Landtags- und Stadtratssitzungen sowie die Prüfung von Tausenden von einzelnen Einwänden gemeint? Wer verhandeln will, sollte nicht die verhöhnen, die schon seit Jahren für die demokratische Beteiligung der Bürger sorgen. Mü.

Versteckspiel

Unter Berufung auf einen hohen Offizier der Nato in Kabul meldet der Fernsehsender CNN, dass Usama Bin Ladin sich irgendwo in den Stammesgebieten Nordwestpakistans verstecke – und zwar „nicht in einer Höhle“, sondern in einem komfortablen Haus. Geschützt werde er von lokalen Stammesführern und Angehörigen des pakistanischen Geheimdienstes. Sensationell sind diese Erkenntnisse nicht, es sei denn, im amerikanischen Militär oder im Geheimdienst CIA wüsste tatsächlich jemand, wo genau der Al-Qaida-Chef sich aufhält. Die Vermutung, „irgendjemand“ in der Regierung Pakistans müsse sein Versteck kennen, hatte Außenministerin Clinton schon im Juli bei einem Besuch in Islamabad geäußert. Doch das wird standhaft bestritten. Wüssten die Amerikaner, wo genau Usama sich versteckt, würden sie wohl nicht zögern, ihre bewaffneten Drohnen einzusetzen. Wirklich beunruhigend ist die Aussage des von CNN zitierten Offiziers, in den Stammesgebieten gebe es bis zu einer Million „unzufriedener“ junger Männer, die von radikalen Islamisten rekrutiert werden könnten. Bc.

Vor der ersten Bewährungsprobe

Die britische Regierung legt eine dramatische Liste von Kürzungen vor / Johannes Leithäuser

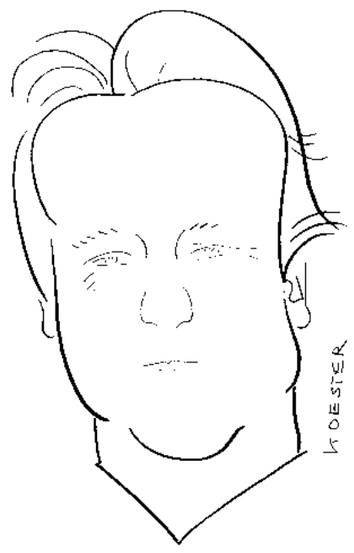
LONDON, 18. Oktober

Die neue britische Regierungskoalition steht vor ihrer ersten ernsten Probe. An diesem Mittwoch wird Finanzminister (Schatzkanzler) Osborne die Daten für den Etatentwurf des nächsten Jahres und der Folgejahre bis 2015 verkünden: Es wird die dramatischste Kürzungsliste sein, die dem Unterhaus in den Jahrzehnten seit dem Weltkriegsende präsentiert worden ist. Schon vorab mehren sich Protestäußerungen und Verweigerungsdrohungen der ersten Hinterbänkler in den Koalitionsparteien.

In den Zirkeln der konservativen Parlamentarier herrscht Verstimmung darüber, dass Osborne entgegen deutlicher Wahlversprechen das Kindergeld für höhere Einkommen kappen will – was jetzt zu Folgen führt, die als ungerecht empfunden werden. Da es in Großbritannien keine steuerliche Bevorzugung (Splitting) für Ehegatten gibt, entfällt das Kindergeld künftig in Haushalten, in denen nur eine Person erwerbstätig ist, von einer niedrigeren Marke (rund 50 000 Euro Jahresverdienst) an als in Haushalten mit zwei Erwerbstätigen (die auch mit addiertem Gesamteinkommen von 90 000 Euro noch Kindergeld beziehen können, sofern sie etwa gleichviel verdienen). Die Konservativen suchen jetzt dringend nach einem Weg, frühere Pläne für einen Splittingmechanismus in ihre Finanzpolitik aufzunehmen, werden aber voraussichtlich am Widerstand der Liberaldemokraten scheitern – der Koalitionsvertrag sieht ausdrücklich eine Enthaltungsklausel für den kleinen Partner vor, sollten die Konservativen einen Gesetzentwurf mit solchen Plänen im Parlament zur Abstimmung stellen.

Auf der liberaldemokratischen Koalitionsseite wiederum steigt der Unmut, weil sich ihr Wahlkampfversprechen, die geltenden Studiengebühren in England (gegenwärtig etwa 3500 Euro jährlich) zu senken oder ganz abzuschaffen, unterdessen ins Gegenteil verkehrt: Ein unabhängiger Gutachter (der frühere Vorstandschef des Ölkonzerns BP, Lord Browne) empfahl mehr oder weniger eine Verdoppelung der Gebühren, um staatliche Finanzierungsschwächen der Universitäten auszugleichen. Der frühere Anführer der Liberaldemokraten, Menzies Campbell, stellte in Aussicht, er werde im Parlament gegen die Gebührenerhöhungen stimmen; der stellvertretende Vorsitzende der Partei, Simon Hughes, äußerte ominös, jeder Abgeordnete seiner Fraktion müsse sich „selbst entscheiden“, wie er sich verhalten wolle.

Die Dissonanzen, die der Spardruck jetzt bei beiden Regierungsparteien erzeugt, beenden einen Sommer der Harmonie. Der Wille der Parteiführer Cameron und Clegg, nach der Wahl im Mai aus der Not des zu knappen konservativen Sieges (die Tories gewannen bloß 305 von 650 Sitzen) eine gemeinsame Tugend zu machen, weckte in der politischen Öffentlichkeit Großbritanniens zuerst Skepsis, später auch Staunen und Stolz.



Die Unterhändler der beiden Parteien waren sich im Frühjahr rasch binnen fünf Tagen handelseinig, das Ergebnis hatte in einem ersten vorläufigen Vertrag auf sieben Seiten Platz. Beiden, sowohl Cameron als auch Clegg, gelang es auf den Herbst-Parteitagen ihrer Parteien mühelos, das Ergebnis der Koalitionsbildung zu rechtfertigen. Clegg verwandte die Formel, die Summe der Koalition sei mehr als die Teile, aus denen sie bestehe; Cameron wiederum bedachte das Bündnis mit dem Lob, es erfordere „Augenmaß und Vernunft“ – von allen Beteiligten.

Dass trotz der hastig geschlossenen Partnerschaft bislang keine lauten Auseinandersetzungen, Missverständnisse oder herabsetzenden Nachreden vorkamen, ist auch der physischen Enge zu danken, in der die Koalition seit ihrer Gründung agiert. Im Unterhaus wird sie augenfällig dadurch, dass die Regierungsmannschaft der Koalition zusammengequetscht in bunter Reihe auf ihrer Vorderbank miteinander auskommen muss – ähnlich wie die Hinterbänkler, die auch nicht durch fraktionsweise Sitzordnungen voneinander getrennt sind. Und hinter den verschlossenen Amtstüren der Downing Street herrscht ein ähnliches – Kommunikation wie Kontrolle förderndes – Gedränge. Der stellvertretende Premierminister Clegg hat sein Büro im „Cabinet Office“, der Regierungskanzlei, bezogen, nur wenige Schritte von der Zimmerflucht des Premierministers Cameron entfernt. Clegg ließ sich absichtlich außer dem Stellvertreter-Titel (und einer allgemeinen Zuständigkeit für die Verfassungsreformen der Koalition) kein Ressort aufnötigen – er ist immer in der Nähe und verfügbar, wenn im Koalitionsalltag „Abstimmungsbedarf“ entsteht.

Diese Reibungslosigkeit durch Rufweite wird auch von den Maschinisten im Koalitionsgetriebe geölt: Die persönlichen Referenten und die Pressesprecher sitzen in der Premierministerkanzlei eng beisammen, mitunter teilen sie sich zu zweit oder zu dritt ein Zimmer – auch Telefongespräche werden da in Gegenwart des politischen Gegenübers geführt. Die Nähe gestattet es den Helfern wie den Chefs, häufige Besprechungs- und Abstimmungsrunden zu veranstalten: Cameron und Clegg sehen sich täglich zu diesem Zweck fast jeden Morgen nach neun Uhr – zu beider Idealvorstellung gehört es, vorher die eigenen Kinder zu ihrer jeweiligen Grundschule begleitet zu haben. Ihre Assistenten haben um jene Zeit schon die Themen und Kontroversen des Tages identifiziert und Entscheidungen vorbereitet.

Zu den – informell verabredeten – Elementen der Koalition zählt auch ein Schlichtungsausschuss, der aber bislang noch keine öffentliche Beachtung fand und formell auch noch nicht in Aktion getreten ist. Stattdessen werden die Konflikte, die sich aus finanziellen Zwängen ergeben – das gilt vorerst für fast alle Differenzen in der Regierung – in einem anderen Gremium ausgehandelt. Nach einem Vorbild aus der kanadischen Regierungspraxis hat sich neben dem Kabinett eine Art Konsolidierungsausschuss gebildet, dem neben dem Finanzminister alle Ressortchefs angehören können, die freiwillig die Einsparungsziele für ihre Ministerien erfüllt haben. Bislang haben sich eher die Minister mit kleinen Etats dort Zutritt verschafft: Außenminister Haig, Ernährungsministerin Spelman, Energie- und Klimaschutzminister Huhne (der einzige Liberaldemokrat in diesem Kreis, abgesehen von seinem Parteikollegen Alexander, der aber als wichtiger Parlamentarischer Staatssekretär in Osbornes Finanzministerium dem Gremium von vornherein angehört).

Die enge Verflechtung der Koalition in der Regierung hat Konsequenzen in den Unterhausfraktionen, welche ihr die Mehrheit sichern müssen. Bei den Konservativen liegt das parlamentarische Gegengewicht, welches in Deutschland die Fraktionsführung übernähme, bei einer Art Hinterbänkler-Fraktion, dem „1922er Komitee“. Der Parteiführer Cameron hatte sofort, nachdem er in die Rolle des Premiers geschlüpft war, versucht, dieses Gremium zu entmachten, indem er darin sich selbst und allen Ministern Sitz und Stimme verschaffen wollte – er scheiterte allerdings zur Hälfte damit. Regierungsmitglieder sind nun zwar zu den Sitzungen der Hinterbänkler zugelassen, haben aber kein Stimmrecht.

Die Liberaldemokraten, in deren Fraktion ja kein einziges Mitglied über Regierungserfahrung verfügt, haben ihre Fraktionsbasis entlang thematischer Ausschüsse organisiert. Die Sprecher dieser Fraktionsausschüsse werden künftig die Position der Partei gegenüber der Regierung zu artikulieren haben; als prominentestes Sprachrohr wird der erwähnte stellvertretende Parteivorsitzende Hughes fungieren. Im aktuellen Streit über die Studiengebühren hat Hughes die Barrikade gegen seine Regierungskollegen noch nicht bestiegen – aber er zeigt sich vorsorglich schon an ihrem Fuß.

Fremde Federn: Holm Schneider

Nico, Chiara und Daniela

Nico stürmt in sein Zimmer, holt die Spielzeugkamera aus dem Schrank. Begeistert erklärt er, dass er jetzt Fotos machen wolle, und die große Wunde am Ellbogen scheint vergessen …

Wäre vor sieben Jahren in Deutschland die Präimplantationsdiagnostik erlaubt gewesen, dann gäbe es Nico heute nicht. Der Sechsjährige hat einen seltenen Gendefekt, der bewirkt, dass seine Haut bei geringster Belastung Blasen bildet und reißt. Epidermolysis bullosa junctionalis heißt diese Erbkrankheit, ein Leiden, das schon im Säuglingsalter zum Tode führen kann und meistens ein Leben voller Schmerzen und Einschränkungen mit sich bringt. Ob die Anlage zu dieser unheilbaren Krankheit vorliegt, lässt sich vorgeburtlich feststellen – anhand einer einzigen Körperzelle. Die Beschreibung als „schwerwiegender genetischer Schaden“, der nach dem Urteil des Bundesgerichtshofs die selektive Präimplantationsdiagnostik (PID) rechtfertigen soll, trifft auf Nicos Fall zu.

Wenn ihr ein solcher Test damals angeboten worden wäre, hätte Nicos Mutter ihn durchführen lassen, denn für ein schwerkrankes Kind zu sorgen, das hätte sie sich früher nicht zugetraut. Heute denkt sie anders.

Nicos Eltern haben mit der Krankheit ihres Jungen leben gelernt und fühlen sich inzwischen auch extremen Herausforderungen gewachsen. Ein Schicksal, das sie sich nie ausgesucht hätten, hat die Eheleute stark gemacht. Denn was kann es für Eltern Schlimmeres geben als die Aussage von Ärzten, ihr Kind leide an einer tödlichen Krankheitsvariante und werde wahrscheinlich nicht mehr lange leben? Wer dann den Alltag aushält und sich die Hoffnung nicht nehmen lässt, den kann nicht mehr viel erschüttern.

Die Aussage der Ärzte stützte sich auf einen Gentest. Das Testergebnis war korrekt. Die Prognose nicht.

Nico geht seit September zur Schule, und die Ärzte betrachten ihn als ganz besonderen Fall.

Chiara schwingt auf der Schaukel, dass die bunten Kirschbaumblätter auf sie herabregnen, und strahlt übers ganze Gesicht. Auch sie hat eine genetische Besonderheit: das Down-Syndrom.

Zu leiden scheint sie darunter nicht. Im Gegenteil: Sie ist ein fröhliches, quicklebendiges Mädchen. Chiara weiß nicht, dass Kinder wie sie „heute gar nicht mehr zur Welt kommen müssten“, wie man so sagt, weil man sie bei pränatalen Ultraschalluntersuchungen bereits an ihrer dicken Nackenfalte erkennen und anhand einer Fruchtwasserprobe aufspüren kann. Nur jedes zwanzigste der so „Entdeckten“ erblickt das Licht der Welt. Alle anderen werden abgetrieben.

Chiaras Fröhlichkeit steckt an. Auf dem Weg durch die Stadt plappert sie und singt, tanzt zum Mundharmonikaspiel eines Straßenmusikanten, grüßt jeden, dem sie begegnet. Einer Fremden, die ihr eine kleine Freude macht, gibt sie ungehemmt einen Kuss. Nein, das ist nicht peinlich; Chiara versprüht einen Charme, der andere aus eigener Trübsal reißt.

Ihre Eltern finden klare Worte. Sie seien mit ihrer Tochter „ganz bestimmt nicht weniger glücklich als mit einem gesunden Kind“. Chiara sei „die größte Bereicherung in ihrem Leben“.

Daniela ist gehbehindert, weil sie kurz nach der Geburt eine Gehirnhautentzündung bekam, die nicht folgenlos ausheilte. Doch Mitleid braucht sie nicht. Die attraktive junge Frau im Rollstuhl ist heute glücklich verheiratet, als Beraterin im Zentrum für Selbstbestimmtes Leben Behinderter tätig und bekräftigt, dass sie ihre Behinderung selbst nie als besonders schlimm empfunden habe: „Ich kenne mich ja nicht anders.“

Ihrer Tochter den Weg freikämpfen zu müssen, waren Danielas Eltern gewohnt. Sie nahmen es gefasst, dass das Mädchen, um die Erlaubnis zum Besuch der Regelschule zu erhalten, in einem speziellen Test seine Intelligenz nachweisen musste. Immer wieder machten sie die Erfahrung, dass man Daniela aufgrund ihrer Gehbehinderung nicht viel zutraute. Die Skepsis der Gesunden reichte über das Abitur hinaus, bis zum Abschluss des Studiums. Trotz aller Schwierigkeiten haben Danielas Eltern ihr einen einprägsamen Satz mit auf den Weg gegeben: „Du bist das Beste, was wir bekommen konnten.“ Das Gleiche sagt ihr Mann.

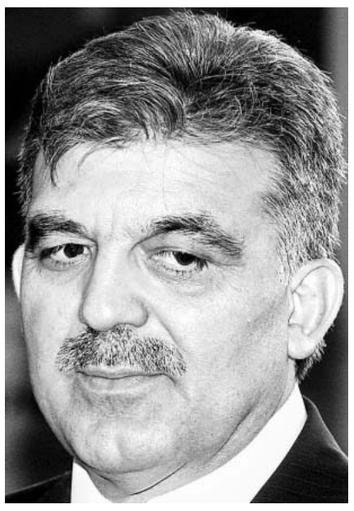
Warum denken und sprechen die Eltern von Nico, Chiara und Daniela so positiv über ihr Leben mit einem behinderten Kind? Weshalb steht ihr Empfinden im Gegensatz zu dem der PID-Befürworter? Ganz einfach: PID sondert nicht Gendefekte aus, sondern Menschen – Kinder im frühesten Stadium ihrer Entwicklung. Und diese Kinder bringen alles mit, was es zum Leben braucht. Eltern, die ein behindertes Kind lieben gelernt haben, wissen das.

Wenn unsere Gesellschaft irgendwann einmal eine Entwicklungsstufe erreichen sollte, in der das Leben mit solchen Kindern keinen grenzwertigen Kraftaufwand mehr erfordert, dann würden sich Diskussionen um die vorgeburtliche Selektion erübrigen. Denn zum Verschwinden bringen lassen sich Behinderungen durch solche Eingriffe nicht; die meisten entstehen nach der Geburt.

Nico, Chiara und Daniela sind behindert, doch lebensfroh wie gesunde junge Menschen. Ihre Eltern hatten sich das Leben anders vorgestellt, doch eintauschen würden sie diese Kinder um keinen Preis.

Wer um jeden Preis ausschließlich gesunden Nachwuchs haben möchte, der sollte Erwachsene adoptieren, denn Schwangerschaft, Geburt und Kindheit werden – allem medizinischen Fortschritt zum Trotz – immer mit hohen Risiken verbunden bleiben.

Der Verfasser ist Professor und Kinderarzt am Universitätsklinikum Erlangen



Abdullah GÜL Foto Rainer Wohlfahrt

Gastgeber

An einem 28. August, dem Geburtstag Johann Wolfgang Goethes, wurde er Staatspräsident seines Landes; seither, das heißt seit nun drei Jahren, ist Abdullah Gül auch Oberbefehlshaber der Armee. Diese hatte fast bis zuletzt versucht, seine Wahl zu verhindern, denn erstmals seit Gründung der Republik 1923 ist ein Mann Staatsoberhaupt der Türkei, der seinen politischen Werdegang – wie übrigens auch der Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan – beinahe ganz in den islamistischen Parteien des Landes absolvierte. Er war lange Anhänger des inzwischen 84 Jahre alten Urgesteins dieser Richtung, Necmettin Erbakan. Gül gehört also nicht der kemalistischen Staatselite an, die bis zur Wahl 2002 das Land beherrschte. Auch deshalb polarisiert seine Person.

Die Person Goethes, des größten deutschen Dichters, wird freilich bei dem in dieser Woche stattfindenden Besuch des Bundespräsidenten Christian Wulff in der Türkei weniger Gesprächsstoff bieten als die aktuelle Diskussion über Integration in Deutschland und, natürlich, die Frage des EU-Beitritts Ankaras. Unmittelbar vor Ankunft des deutschen Besuchers mahnte Gül die Türken, sie sollten sich in die deutsche Gesellschaft integrieren und „akzentfrei die deutsche Sprache“ erlernen. Mit der Vokabel „akzentfrei“ ging er weiter als Europaminister Egemen Bagiş, der sich zuvor ähnlich geäußert hatte.

Abdullah Gül, Jahrgang 1950, wird den Bundespräsidenten auch in Kayseri begleiten. Diese geschichtsträchtige Stadt, in der geographischen Mitte Anatoliens gelegen, ist seine Heimat. Hier wurde er als Sohn kleiner Leute geboren. Gül entstammt jenem Milieu, für dessen Mentalität man vor einiger Zeit den Ausdruck „islamischer Calvinismus“ geprägt hat: Arbeit ist Gottesdienst; wer fleißig ist, steigt auch auf. Gül hat das befolgt. Er studierte Wirtschaftswissenschaften in Istanbul und später in London und Exeter. Neben der arabischen Sprache, die ihn als überzeugten Muslim fesselt, spricht er fließend Englisch. Seine politische Heimat fand er in den Parteien Erbakans, die immer wieder verboten wurden, die sich aber unter geändertem Namen auch immer wieder neu gegründet hatten. Zuletzt war dies die Fazilet- oder Tugendpartei. Immer dabei war auch Erdogan – bis beide 2001 die Partei für Gerechtigkeit und Aufbau (AKP) ins Leben riefen. Sie gilt als islamisch-konservativ, hat jedoch einen religiösen, einen nationalen und einen wirtschaftsliberalen Flügel. Nach dem Wahlsieg der AKP 2002 wurde Gül zunächst Ministerpräsident, bis Erdogan im Jahre 2003 übernehmen konnte.

Das Tandem Gül-Erdogan steht – zusammen mit den beiden „Ersten Damen“ des Landes, den Kopftuchträgerinnen Hayrünnisa Gül und Emine Erdogan – für eine Premiere im Land Kemal Atatürks – zum Schrecken jener, die um den säkularen Charakter der Türkei fürchten. Freilich ist dabei auch ein gerüttelt Maß an Enttäuschung über den Machtverlust der alten Elite im Spiel. Gül, der sprachgewandter ist, kommt bei vielen im Ausland entschieden besser an als der sperrige Ministerpräsident Erdogan.

WOLFGANG GÜNTER LERCH

Willkommen zu Hause

DWS ACCESS Wohnen 2 – Anlegen in deutsche Wohnimmobilien.

Bei deutschen Wohnimmobilien finden Investoren derzeit interessante Rahmenbedingungen vor. Der aktuell steigenden Nachfrage nach Wohnraum in vielen Großstädten steht ein limitiertes Angebot gegenüber.[1] Investoren, die an den Chancen des wachsenden Marktes für deutsche Wohnimmobilien partizipieren wollen, bietet der DWS ACCESS Wohnen 2 ein maßgeschneidertes Angebot.

Weitere Informationen zum Produkt sowie den Verkaufsprospekt finden Sie unter:

» www.DWSACCESS.de » anlegerservice.cef@db.com » 01803/1 01 11 01 11[2]

DWS ACCESS OPPORTUNITIES

Bei diesem Dokument handelt es sich um eine unverbindliche Kurzinformation, die kein öffentliches Angebot für eine Beteiligung an dem darin genannten geschlossenen Fonds darstellt. Die in diesem Dokument enthaltenen Angaben stellen keine Anlageberatung bzw. Empfehlung dar, sondern geben lediglich eine zusammenfassende Kurzdarstellung der beschriebenen unternehmerischen Beteiligung. Weitere Informationen, insbesondere zur Struktur und zu den Risiken, enthält der Verkaufsprospekt. Dieser ist kostenfrei bei Ihrem Berater oder bei der DI Deutsche Immobilien Treuhandgesellschaft mbH, Anlegerservice Closed End Funds (CEF), Alfred-Herrhausen-Allee 16–24, 65760 Eschborn, anlegerservice.cef@db.com erhältlich. Alle Meinungsaussagen geben die aktuelle Einschätzung der DWS Finanz-Service GmbH wieder, die ohne vorherige Ankündigung geändert werden kann. Soweit die im Dokument enthaltenen Daten erkennbar von Dritten stammen (z.B. bei Quellenangaben), wird für die Richtigkeit und Vollständigkeit dieser Daten keine Gewähr übernommen. Aus der (Wert-)Entwicklung in der Vergangenheit kann nicht auf zukünftige Entwicklungen/Ergebnisse geschlossen werden. Das Beteiligungsangebot richtet sich an Anleger, die in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig sind. Dem Verkaufsprospekt ist zu entnehmen, inwieweit der Vertrieb des Produktes unzulässig oder eingeschränkt ist (z.B. Beschränkungen für bestimmte Rechtsordnungen oder ausländische Personen). Er enthält auch nähere steuerliche Informationen. [1]Quelle: Prognos AG – Studie „Wohnungsmangel in Deutschland“, 2010. [2]dtms – 9 Cent/Min. aus dem dt. Festnetz. Mobilfunkpreise abweichend, max. 42 Cent/Min.